



Bundeswehrsoldaten im Kosovo



Steinmeier, Rice

## AUSSENPOLITIK

## Furcht vor Gewalt

Aus Sorge vor einer Eskalation des Konflikts um die serbische Provinz Kosovo gehen Deutschland und andere europäische Staaten auf Konfrontationskurs zu den USA. Die Europäer fürchten, dass die kosovarische Regierung wegen der stockenden Verhandlungen im Uno-Sicherheitsrat einseitig die Unabhängigkeit ausruft. US-Präsident George W. Bush hat bereits erklärt, er würde das Kosovo dann diplomatisch anerkennen. „Eine einseitige Anerkennung des Kosovo wird die große Mehrheit der Europäer nicht mitmachen“, warnt der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier und sein italienischer Kollege Massimo D'Alema gingen bei einem

Treffen vorigen Montag in Paris noch weiter. Sie erläuterten US-Chefdiplomatin Condoleezza Rice, dass die zivilen und militärischen Missionen im Kosovo beendet werden müssten, wenn Amerikaner und Kosovaren vorpreschten. Nur der Uno-Sicherheitsrat könne die völkerrechtlichen Grundlagen für ein anerkanntes Kosovo schaffen; dafür müssten die Amerikaner den Konsens mit der Vetomacht Russland suchen. Falls die diplomatischen Bemühungen scheitern, befürchten deutsche Militärs, drohten Gewaltausbrüche im Kosovo. Doch in Belgrad wie in Priština scheint man realistischer zu werden. Serbien weiß, dass die Unabhängigkeit der Provinz nicht mehr zu verhindern ist – hofft jedoch auf deren Teilung. Diese Sicht nährte vorige Woche auch der frühere Kosovo-Premier Bajram Rexhepi. Zwar kündigte er im Fall eines russischen Vetos tatsächlich eine einseitige Unabhängigkeitserklärung im Parlament an. Er bestätigte aber zugleich eine umfassende Autonomie für das überwiegend von Serben bewohnte Nordkosovo.

## JUSTIZ

## Falsch bewertet

Der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, der Freiburger Oberstaatsanwalt Christoph Frank, hält die Aufregung um den in der Türkei inhaftierten 17-jährigen deutschen Realschüler Marco Weiss für nicht gerechtfertigt. Der Fall sei hierzulande offenbar „falsch bewertet“ worden. In Deutschland würde bei einem solchen Geschehen „im Prinzip nichts anderes gelten“ als in der Türkei, so Frank. Dem Schüler wird vorgeworfen, im Urlaub mit einem 13-jährigen britischen Mädchen sexuellen Kontakt gehabt zu haben. Dies sei auch in Deutschland unabhängig davon strafbar, ob das Mädchen freiwillig mitmachte und ob es zum Geschlechtsverkehr



Weiss

kam, sagt der Vorsitzende des deutschen Richterbundes. Wenn der Fall in Deutschland spielte, käme selbst bei einem Jugendlichen, wenn er seinen Wohnsitz im Ausland hat, „auch bei uns Untersuchungshaft wegen Fluchtgefahr in Betracht“. Das Auswärtige Amt (AA) hat indes bei der Gefängnisleitung in Antalya

dagegen protestiert, dass ein Reporter und ein Fotograf der türkischen Zeitung „Hürriyet“ zu einem Interview mit dem Schüler vorgelassen wurden, obwohl weder der Jugendliche noch sein türkischer Anwalt oder seine Eltern vorher um Genehmigung gebeten wurden. Insbesondere beanstandete das AA,

dass in einem in der „Bild“-Zeitung veröffentlichten Interview des „Hürriyet“-Reporters Äußerungen erschienen, mit denen sich der Jugendliche möglicherweise selbst belastete.

## NS-DOKUMENTE

## Sichern von Mengele-Akten

Experten aus Nordrhein-Westfalen werden in den kommenden drei Jahren gemeinsam mit polnischen Kollegen in Handarbeit Akten sichern, die die grausamen Menschenversuche des SS-Arztes Josef Mengele dokumentieren. Vor zwei Jahren war NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers in der Gedenkstätte Auschwitz auf den schlechten Zustand der Akten angesprochen worden. Das stark säurehaltige Papier aus den letzten Kriegsjahren droht zu zerfallen. Damit würden unschätzbare Informationen über die Opfer sowie deren Namen verlorengehen. Rüttgers sagte nun zu, 600 000 Euro für die Sicherung der insgesamt 39 000 Dokumente bereitzustellen.